



POLITIK / REDAKTION

Waffenschmiede USA - Umwelt- und Schiffsverkehrs- überwachungsbojen ...

(SB) - DARPA, die innovative Waffenschmiede des US-Verteidigungsministeriums, hat ein Projekt initiiert, bei dem Tausende von Schwimmkörpern, die per Funk miteinander kommunizieren, über die Ozeane verteilt werden sollen. [1] Abgesehen von Umweltdaten soll mittels dieser Schwarmtechnologie auch der kommerzielle Schiffsverkehr erfaßt werden. Die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) verschweigt nicht, daß das System ... (Seite 9)

POLITIK / KOMMENTAR

Fahrzeugbeschuß - Schwarzer Peter Erdogan ...

(SB) - Als Recep Tayyip Erdogan auf dem Höhepunkt der Kontroverse mit der Bundesrepublik und weiteren EU-Mitgliedern verkündete, daß seine Feinde auch in diesen Ländern nirgendwo sicher seien, war das keine leere Drohung. In dem unverhohlenen Aufruf zum Pogrom schwang zugleich die Warnung mit, daß mit weiteren Auftragsmorden an kurdischen und türkischen Oppositionellen in Europa zu rechnen sei. Der türkische Geheimdienst MIT wird immer wieder ... (S. 11)

Naturbegriffe - unzureichend im Blick ...

Wir stehen der Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

*Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezwungen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über diese, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben.
Abkommen der Völker [1]*



*Tadzio Müller als Experte vor das
Tribunal geladen
Foto: © 2017 by Schattenblick*

(SB) 8. Januar 2018 - Als erster Fall für schwerwiegende Verstöße gegen die Universal Declaration of the Rights of Mother Earth (UDRME) beriet das International Rights of Nature Tribunal über den Klimawandel hinsicht-

lich falscher Energielösungen. Tadzio Müller, bei der Rosa Luxemburg Stiftung tätiger langjähriger Klimaaktivist, klagte die Industrie für fossile Treibstoffe und Atomenergie dreier Vergehen an. Der wissentlichen Verursachung des Klimawandels zugunsten ihrer Profite, des aktiven Verhinderns der Entstehung und Verbreitung des Wissens über den

Klimawandel und des aktiven Verhinderns, daß richtige Lösungen zur Überwindung falscher Lösungen ergriffen werden.

Zur Beweisführung verwies er auf den Zustand des Planeten vor 1750. Dort habe sich der Zustand der Erde noch als selbstreproduzierendes System in relativer Stabilität dargestellt. Nachdem im Vereinigten Königreich mit der massenhaften Verbrennung fossiler Energieträger begonnen wurde, waren erste Voraussetzungen für den Klimawandel geschaffen, die der schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius im späten 19. Jahrhundert mit seiner Theorie zum Treibhauseffekt theoretisch untermauerte. In den 1950er Jahren lagen erste Beweise für die vom Klimawandel ausgehende Bedrohung vor. Einer der Hauptprofiteure der Ausbeutung fossiler Energieträger, der Konzern Exxon, wußte spätestens 1981 von den zerstörerischen Folgen dieser Geschäftspraxis für die Natursysteme und wird damit des Verstoßes gegen die UDRME angeklagt.

Er habe sich der aktiven Unterdrückung der Entstehung und Verbreitung des entsprechenden Wissens schuldig gemacht, habe die Leugner des Klimawandels finanziell unterstützt und sichergestellt, daß in den Medien Zweifel an der Existenz des Klimawandels gesät wurden. Hier im Rheinland sei es fast unmöglich zu entscheiden, wo der Einfluß der Energiekonzerne aufhöre und der des Staates beginne, so der Klimaaktivist, der im Rahmen von Ende Gelände gegen die Braunkohlela-

gebaue in der Region kämpft, mit einem analogen Beispiel für die Politik angloamerikanischer Energiekonzerne in der Bundesrepublik.

Ein gängiger Einwand, mit dem die Verantwortung der Industriestaaten des Nordens für die Entwicklung des Klimawandels bestritten wird, macht geltend, daß, wer im späten 18. Jahrhundert mit der massenhaften Verbrennung fossiler Brennstoffe begonnen habe, vom Klimawandel nichts habe wissen können. Dem hielt der Referent entgegen, daß es immer traditionelles Wissen darüber gab, daß die Natur nicht unbegrenzt ausgebeutet werden könne. Indem dies ignoriert wurde, könne seitdem jeder, der das Klimasystem willkürlich zerstört hat, für den Klimawandel verantwortlich gemacht werden.

Der Klimawandel sei die größte Rechtskrise der Welt, denn durch ihn seien schon jetzt Millionen von Menschen von ihrem Land vertrieben worden. Die Ökosysteme brechen überall in der Welt zusammen und es besteht die Gefahr, daß das Klimasystem von einem stabilen in einen instabilen Zustand übergeht. Letzteres könne etwa zur Folge haben, daß eine wesentliche Voraussetzung der zivilisatorischen Entwicklung des Menschen, die durch die regelmäßige Abfolge der Jahreszeiten ermöglichte Landwirtschaft, nicht mehr gegeben wäre. Eine solche Instabilität stelle das Leben in der Welt in Frage, und das Problem werde auch nicht durch falsche Energielösungen wie Fracking oder ein Comeback der Atomindustrie gelöst.



*Ben Beachy - Anwalt der ökologisch bewegten US-Bevölkerung
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Die US-Gesellschaft ist besser als ihr Ruf

Nach einem auf spanisch gehaltenen Vortrag des Anti-Fracking-Aktivisten Enrique Viale über die zerstörerischen Folgen dieser Form der Ressourcenausbeutung in Argentinien betritt der US-amerikanische Klimaaktivist Ben Beachy das Rednerpult. Bei der traditionsreichen Umweltschutzorganisation Sierra Club für die ökologische Kritik an Handelsabkommen zuständig, hält er, anhand von Umfragedaten, ein Plädoyer, das den Eindruck widerlegen soll, die Klimawandelleugnung des US-Präsidenten sei repräsentativ für das Gros seiner Bevölkerung. Zugleich zieht er eine desaströse Bilanz für die Klimapolitik Washingtons.

So befürchten zwei Drittel der US-BürgerInnen, vom Klimawandel persönlich in Mitleidenschaft gezogen zu werden, mehr als 80 Prozent sind für den Aus-

bau von Solar- und Windenergie, und selbst 75 Prozent der TrumpwählerInnen halten den Umstieg auf erneuerbare Energie für wünschenswert. Die Mehrheit der US-BürgerInnen ist für die Einstellung der Offshore-Förderung von Öl und Gas sowie gegen die Ausweitung der Kohle-, Atom- und Frackingindustrie.

Zwar habe die Windkraft seit 2010 über 140 Prozent zugelegt und Solarenergie verzeichne sogar ein noch größeres Wachstum, doch gehe das alles von einem niedrigen Niveau aus. Eine relevante Zunahme verzeichne die Gasförderung, die Wind- und Solarenergie inzwischen überholt habe. Seit 2010 habe der Kohlestrom um 33 Prozent abgenommen, doch zwei Drittel der dadurch entstandenen Lücke werde von Gas gefüllt und nur ein Drittel von Wind- und Sonnenenergie. Bei einem Energiemix in der Stromerzeugung der USA von 30 Prozent Kohle, 34 Prozent Gas, 20 Prozent Atom und 7 Prozent erneuerbare Energien sei Kohle doppelt so schnell von Gas als von den Erneuerbaren ersetzt worden.

Seit 2010 steige zudem der Verbrauch fossiler Treibstoffe für den motorisierten Straßenverkehr, und der Export von Öl und Gas durch das Wachstum der Fracking- und Teersandförderung habe sich seitdem verdoppelt. Zwei Drittel der Gasförderung in den Vereinigten Staaten basiere auf Fracking, während die Produktion nicht gefrackten Gases heute weniger als die Hälfte der im Jahr 2000 erzeugten Menge betrage. Seit diesem Jahr habe die Gasproduktion wegen des Fracking um 40 Prozent zuge-

nommen, und diese ökologisch besonders zerstörerische, Atemluft und Trinkwasser vergiftende Form fossiler Ressourcenausbeutung zeichnet mittlerweile für die Hälfte der Ölproduktion in den Vereinigten Staaten verantwortlich. So sei die Förderung nichtgefrackten Öls seit 2000 zurückgegangen, aber die Förderleistung insgesamt sei im gleichen Zeitraum durch Fracking um 60 Prozent gestiegen.

Die besonders klimaschädliche Extraktion der Teersande findet vor allem in Kanada statt, von wo aus ein großer Teil der dort geförderten Teersandöle in die USA importiert werden. Die dabei verursachten Zerstörungen betreffen unmittelbar das Land, auf dem die Extraktion stattfindet, erstrecken sich aber auch durch das Pipelinesystem, das bis an die Grenze Mexikos reicht und immer wieder Lecks aufweist, über die ganzen USA. Wird das Teersandöl schließlich in den Raffinerien in Texas verarbeitet, dann sind es typischerweise afroamerikanische und hispanische Communities, die in der Nähe dieser Standorte der fossilen Industrie leben und die asthmaauslösenden Dämpfe einatmen müssen, die von den Raffinerien ausgestoßen werden. Weitere neun Millionen Menschen in den USA leben weniger als eine Meile von einem Fracking-Standort entfernt und sind damit jeden Tag giftigen Stoffen in der Luft und dem Risiko der Wasserkontamination ausgesetzt. Auch hierbei handelt es sich meist um sozial schlechtergestellte und überproportional ethnischen Minderheiten zugehörige Menschen, was die sozialrassistische Stoßrichtung dieser Art von Energieproduktion unterstreicht.

Den Widerspruch, daß die Öffentlichkeit den Verbrauch fossiler Energie zurückfahren will, er aber zugleich immer weiter zunimmt, erklärt Ben Beachy damit, daß die fossile Industrie über erheblichen Einfluß auf die US-Regierung verfüge. Wenn dieser nicht gemindert werde, könne es keinen positiven Beitrag der USA zur Beschränkung des Klimawandels geben. Auch dieses Verhältnis dokumentiert der Referent anhand einiger Zahlen.

So habe die Öl- und Gasindustrie 2010 70 Millionen Dollar an Bewerber für den US-Kongress gegeben, 2016 war dieser Betrag bereits auf 170 Millionen Dollar gestiegen. Auf jeden Dollar, den die KlimaschützerInnen für ihre Sache einsetzen können, kommen 23 Dollar, mit denen die Lobby der Verschmutzer dafür sorgt, daß alles weiter wie bisher vonstatten geht. In diesem Wettbewerb könne die Bewegung für Klimaschutz nicht bestehen, daher sei es keine Überraschung, wer am Schluß in Washington über die Politik entscheidet.

Natürlich ging Ben Beachy auch auf den Chef der Umweltschutzbehörde EPA, Scott Pruitt, ein. Die Besetzung dieses Amtes mit dem ehemaligen Generalstaatsanwalt von Oklahoma, der in dieser Position 40 mal gegen die EPA klagte, ist sozusagen die personalisierte Antwort Donald Trumps auf den weltweiten Versuch, den Klimawandel wenn schon nicht verhindern zu können, dann doch zumindest ein wenig in seinem Tempo zu bremsen. In seiner Zeit als Generalstaatsanwalt wurde Pruitt der Einwand einer Ölfirma gegen eine neue Regulation des Frackings vorgelegt. Das Doku-

ment wurde ohne jegliche Veränderung im Text mit seinem Siegel geschmückt und an die EPA gesandt. Seitdem hängt Scott Pruitt der Ruf nach, der "Stenograph der fossilen Industrie" zu sein. Dementsprechend hat er sich als EPA-Chef bislang nur mit Repräsentanten der fossilen Industrie getroffen, während kein Treffen mit irgendeiner sozialen Bewegung oder Institution des Umweltschutzes zustandekam.

Als weiteres Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen bedienen sich die Energiekonzerne der zahlreichen Handelsabkommen, die die Vereinigten Staaten vor allem auf bilateraler Ebene abgeschlossen haben. Von den wenigen hundert Menschen, die bei Aushandlung der Verträge Zugang zu den verhandelten Texten hätten, seien 85 Prozent Unternehmensvertreter. Auch beim inzwischen aufgekündigten multilateralen Freihandelsabkommen TPP haben lediglich Energiekonzerne Einfluß auf den für Energiehandel relevanten Vertragstext genommen, aber kein Vertreter einer Umweltorganisation oder indigenen Gemeinschaft. Das spiegelte sich auch im Ergebnis des finalen Vertrages wieder, der Garantien für umweltverschmutzende Unternehmen aller Art enthielt.

Der auf kommunaler und regionaler Ebene dagegen geleistete Widerstand bedient sich vor allem des Rechtsweges, um für Projekte wie etwa die Pipeline Keystone XL einen Baustopp zu erwirken. Mehr als 150 Bürgermeister in den USA haben für ihre Städte bis 2050 die hundertprozentige Umstellung auf erneuerbare Energien beschlossen. Nach 100 Ta-

gen Trump-Administration im April umringten 200.000 Menschen das Weiße Haus und forderten den US-Präsident auf, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. So machte der Vertreter des Sierra Clubs die großen Schwierigkeiten, vor den die AktivistInnen der Klimaschutzbewegung im Land mit dem pro Kopf größten Ressourcenverbrauch der Erde bei der Durchsetzung ihrer Ziele stehen, auf nachvollziehbare Weise transparent.

Menschen, die vom Uranbergbau, der Verarbeitung des atomaren Brennstoffes, seinem Transport und von Atomunfällen an jeder Stelle dieser Strecke wie im Atomkraftwerk betroffen sind, in den Blick. Auch er beruft sich wie seine Vorredner auf die inhärenten Rechte der Natur, um die dagegen ausgemachten Verstöße rechtsförmig zu untermauern.

Der aus Uranerz meist in der Nähe einer Uranmine extrahierte atomare Brennstoff wird gemah-



*Anti-Akw-Aktivist Reinhard Uhrig
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Atomenergie ist keine Lösung für den Klimaschutz

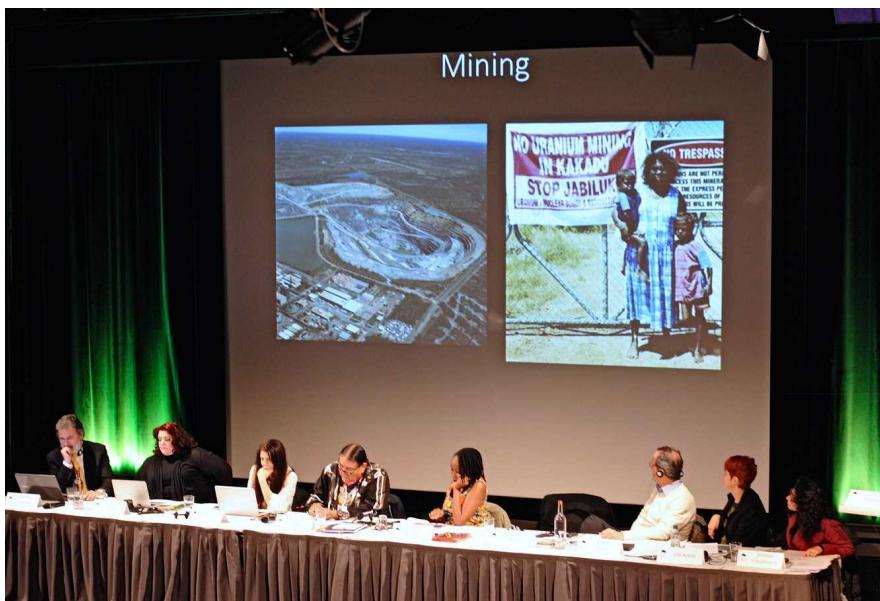
Dr. Reinhard Uhrig ist Geschäftsführer der österreichischen Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 und langjähriger Anti-Atom-Aktivist. Er verschafft dem Tribunal einen Überblick über den Stand der atomaren Energieerzeugung und der davon ausgehenden Gefahren. Dabei erwähnt er nicht nur die Zahl 448 aktiver Atomreaktoren in 30 Ländern, sondern nimmt auch die vielen

len und zu Yellowcake verdichtet. Für ein Kilo dieses Ausgangsstoffes zur Herstellung von Brennelementen muß eine Tonne uranhaltiges Erz gefördert werden, wobei erhebliche Mengen Grundwassers verbraucht werden. Der dabei entstehende Schlamm enthält bis zu 85 Prozent der originären Radioaktivität sowie Schwermetalle, Arsen und andere Chemikalien, die zur Extraktion verwendet werden. Bei Unfällen und Leckagen in der Ranger Mine in Australien, in der im Jahr etwa 1,5 Millionen Tonnen des radioaktiven Schlammes anfallen, wird immer wieder der

umliegende Kakadu-Nationalpark kontaminiert, so 2009, als bei einem Dambruch sechs Millionen Liter radioaktiv kontaminiertes Wasser in seine zu schützende Natur flossen. Das sei nur ein Beispiel von mehreren auf der Welt, wo das Grundwasser in der Nähe von Uranminen radioaktiv verseucht ist, was die Menschen früher oder später dazu zwingt, ihr Land zu verlassen.

Neben der Probleme der atomaren Wiederaufarbeitung und den Atomunfällen in Tschernobyl und Fukushima erwähnte Uhrig auch die ungeheure Halbwertzeit des Plutoniums. Es entsteht in Atomkraftwerken und wird nach der Wiederaufarbeitung in MOX-Brennelementen weiterverwendet. Das überaus giftige und radioaktive Plutonium hat eine Halbwertzeit von 24.110 Jahren.

men. Sollten dabei einige Firmen bankrott gehen, so gäbe es keine Rechtfertigung, sie zu retten, nachdem sie den Planeten auf diese Weise vergiftet haben. Zugleich warnt der Anti-Akw-Aktivist vor einer Renaissance der Atomkraft, die auch während des COP 23 in Bonn als Lösung für den Klimawandel beworben wird. Das treffe in keiner Weise zu, denn auch die klimaschädliche Wirkung der Atomkraft sei sehr groß, wenn man nur die ganze Kette der dazu erforderlichen Produktionsprozesse in Augenschein nimmt.



*Präsentation des Beweismaterials
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Beim Betrieb der Atomkraftwerke werden große Mengen an radioaktiven Isotopen in die Umwelt entlassen. Laut einer epidemiologischen Studie in Deutschland hat dies zu einer 60prozentigen Zunahme von Krebs und einer 100prozentigen Zunahme an Leukämie bei Kindern geführt, die in einem Fünf-Kilometer-Radius von AKWs leben. Das sei insofern signifikant, weil bei entsprechenden Entwicklungen unter betroffenen Erwachsenen die Atomindustrie zu dem Argument greife, daß es sich um Nebenefekte von Alkohol oder Tabak handle, was sie bei Kindern nicht können.

Erst wenn zehn Halbwertzeiten vergangen sind, also 240.000 Jahre, gilt Plutonium insofern als sicher, daß es nur noch giftig ist, aber nicht mehr strahlt. Einen Zeithorizont wie diesen auch nur ansatzweise in den gefährlichen Folgewirkungen eigener Handlungen kontrollieren zu können ist pure Fiktion, was alle Fensterreden von Atomkraftbefürwortern über die Verantwortung für nachkommende Generationen als schlechten Witz erscheinen läßt.

Uhrig fordert nichts geringeres als die Schließung ziviler wie militärischer Atomreaktoren und die vollständig Übernahme der finanziellen Verantwortung für die Beseitigung des strahlenden Nachlasses durch die Energieunterneh-



*Aktivistin Kashmira Baneerjee für die Frauen der Inselstaaten
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Stellvertretend für Milliarden im Zeugenstand

Als Betroffene tritt die Aktivistin Kashmira Baneerjee von der NGO CARES aus dem Inselstaat Mauritius in den Zeugenstand. Ihr Thema ist die Verantwortung der großen Verschmutzer für den Anstieg des Meeresspiegels, der die Inseln ihres Staates bedroht. Zu diesem Zweck möchte sie die UDRME zu einem machtvollen Instrument entwickeln, das den Kampf der Unsichtbaren sichtbar machen könne und als Stimme für die stimmlosen Inselstaaten fungiere.

Neben einer grundsätzlichen Kritik am Extraktivismus und Anthropozentrismus, die die Natur auf ein Eigentum reduzierten, das nach Belieben ausgebeutet werden könne, ging sie auf die aggressive Fischerei in der Region von Mauritius ein und die Erschließung der Strände durch die Tourismusindustrie, wodurch bereits einige Zentren von großer Biodiversität vernichtet wurden. Sie plädiert für die Ratifizierung der UDRME durch die Regierung von Mauritius, was jeden in die Lage versetzte, Klage zugunsten des Ökosystems zu erheben. Allerdings versuche die eigene Administration, die sozialökologische Bewegung zu unterdrücken, obwohl sie offiziell den Anschein erweckt, als ginge ihr nichts über den Klimaschutz.



Bryan Parras zum Widerstand gegen fossile Industrie in der Ölmetropole Houston
Foto: © 2017 by Schattenblick

Zum Abschluß berichtet Bryan Parras von der Organisation TEJAS in Houston, Texas, wie sich der Hurrikan Harvey Ende August auf die Region ausgewirkt hat. Es handelte sich um einen flächenmäßig besonders ausgedehnten Sturm, der erhebliche Wassermengen aus dem Golf von Mexiko über der küstennahen Region der südöstlichen USA abregnen ließ. Da Houston einer der größten Häfen der US-Ostküste ist und

wichtiger Verarbeitungs- und Umschlagsort der petrochemischen Industrie, löste Harvey umfassende Leckagen und Kontaminationen in den Raffinerien aus. Der Aktivist klagt deren Betreiber an, nicht genügend Vorkehrungen getroffen zu haben, um die Schäden an der Umwelt bei dem in dieser Region häufigen Eintreffen eines Hurrikans zu mindern. Er lebe seit zwei Jahren in Houston und habe seitdem drei Überflutungen erlebt, ohne daß neue Vorkehrungen zum Schutz der Industrieanlagen getroffen worden wären. Ohnehin sei die Luft permanent mit den Abgasen der vielen Raf-



finerien belastet, es würden viele Fälle von Krebs diagnostiziert, insbesondere Leukämie bei Kindern. Die Fabriken der Erdöl- und Chemieindustrie arbeiten rund um die Uhr, es gibt keine Erholung von ihren Ausdünstungen. Er lebe zweieinhalb Kilometer von einer Chemiefabrik entfernt. Da sie während des Hurrikans zuhause bleiben mußten, waren sie gezwungen, tagelang die giftigen Dämpfe dieser vom Sturm beschädigten Fabrik einzusatmen. Um die Unternehmen vor Klagen zu schützen, wurden während des

Sturms Luftüberwachungsstationen abgeschaltet und Luftreinhalungsgesetze außer Kraft gesetzt. Auch in Houston seien vor allem nichtweiße Communities von den giftigen Folgen der fossilen Energieproduktion betroffen. Im Rest der Welt wäre kaum bekannt, wie viele Menschen in der Region gegen die ökologische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kämpften. Was immer das Tribunal dafür tun könne, um diesen Mangel an Verantwortungsbeußtsein bekannt zu machen, werde ihnen weiterhelfen, so die abschließenden Worte des Aktivisten.

Osprey Orielle Lake bei der Eröffnungsansprache
Foto: © 2017 by Schattenblick

Bloße Alternative oder wirksame Gegenposition?

Gerade die eindringliche und überzeugende Präsentation der Verletzungen der "Rechte von Mutter Erde" machten deutlich, daß es sich bei der Behebung dieses Problems nicht in erster Linie um eine Rechtsfrage handelt. Die vorherrschenden Gewaltverhältnisse kapitalistischer, sozialdar-

winistischer und klassengesellschaftlicher Art machen mit aller Härte klar, daß die bloße Inanspruchnahme von Rechten nicht die Fundamente aushebeln wird, die die Definitionsmacht der Kapital- und Staatseliten über Recht und Unrecht an erste Stelle setzen. Dies hat die Richterin Osprey Orielle Lake mit ihrer in der Eingangsrede betonten Erklärung, eigentlich stünden unsere juristischen und ökonomischen Systeme vor Gericht, die die Zerstörung der Natur legalisieren und alimentieren, womöglich andeuten wollen. Wir wollen einen großen Paradigmawandel - das System selbst steht vor Gericht, faßte sie die Absicht des Tribunals für die Rechte der Natur zusammen.



*Tom Goldtooth, Präsident des Rights of Nature Tribunal
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Auch dessen Präsident, Tom Goldtooth, hat in seinen Eröffnungsworten erkennen lassen, daß die VerfechterInnen der UDRME mit ihrer Position, allem Leben inhärente Rechte, geistige Existenz und individuelle Geschichte zuzuschreiben, eine Gegenposition zu den herrschenden Staatsideologien und Rechtsphilosophien einnehmen. Der Erklärung, daß kein Teil der Natur Herrschaft über ein anderes ausüben könne, daß alle Teile miteinander verbunden sind,

um harmonische, liebevolle und intelligente Beziehungen herzustellen, ist allemal ein antikolonialistisches Credo immanent. Doch aktiv gegen die Objektivierung und Kommodifizierung der Natur aufzustehen, wie es Goldtooth zuletzt bei den Auseinandersetzungen um die Dakota Access Pipeline in Standing Rock getan hat, zeigt auch den idealistischen Charakter des Anliegens auf, ein harmonistisches Grundverständnis zu propagieren und sich damit in Schwierigkeiten größter Art zu bringen, weil die herrschenden Interessen jede Form eines in diese Richtung gehenden Ausgleiches wirksam unterbinden.

Die von diesen nicht nur erzeugten, sondern in Anspruch genommenen Gewaltverhältnisse sind auf der Ebene der damit kalt gestellten Machtfrage von idealistischen Werten nicht zu tangieren. Die Hoffnung, durch die Propagierung der UDRME ein globales Bewußtsein für die Unantastbarkeit der Natur zu schaffen und

sie damit durchzusetzen, ist verständlich, wirft aber schon im Bereich des individuellen menschlichen Stoffwechsels Fragen auf, die sich mit bloßer Kreislaufideologie oder Recyclingwirtschaft nicht beantworten lassen. So waren Ernährungsindustrie und Tierausbeutung keine Themen des Tribunals, obschon sie in einem Ausmaß für Klimawandel und Naturzerstörung verantwortlich sind, das zumindest einige Hinweise auf ihre eminente Bedeutung im Szenario klimaschädlicher Faktoren erfordert hätte. Das heißt nicht, indigene Menschen für ihren ganz eigenen Umgang

mit Tieren, die sie töten und verbrauchen, zu kritisieren, das wäre gerade aus der Sicht massenhaft sogenannter Nutztiere verbrauchender Gesellschaften nichts als eine Neuauflage kolonialistischer Suprematie.

Das bedeutet dennoch, die Frage zu stellen, ob harmonistische Weltanschauungen geeignet sind, dem erreichten Ausmaß an globaler Zerstörung einen Entwurf gegenüberzustellen, der die immer dünner werdende und utopischer erscheinende Möglichkeit realisierbar macht, eine Umkehr im Einverständnis aller Menschen zu verwirklichen, die gegen ihre bislang unüberwundene Natur, als miteinander in Konkurrenz stehende Subjekte im Zweifelsfall mehr gegen den anderen Menschen als für ihn zu tun, steht. Für die in idealistischen Entwürfen steckende Utopie kann es nur alle Sympathie geben. Ob sie auch Strategie und Taktik des dazu zu führenden Streites bestimmen soll, könnte eine andere Frage sein.

Anmerkungen:

[1] Auszug aus dem Abkommen der Völker, der Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde vom 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivien
<https://pwccc.wordpress.com/-support/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0106.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Deutschland hat ein Problem mit Menschenrechten

von Evelyn Rottengatter, 7. Januar 2018

Abensberg, Bayern - Am Neujahrstag hat sich ein 22-jähriger Flüchtling aus Afghanistan in der Unterkunft für Asylbewerber in Abensberg im Landkreis Kelheim umgebracht. Er stürzte sich aus dem zweiten Stock, um seiner bevorstehenden Abschiebung nach Afghanistan zu entkommen.

Lediglich dank eines Facebook-Posts wurde der Vorfall überhaupt weiter bekannt. Vermutlich kommt dieser von einem anderen Asylbewerber, der das Geschehene aus der Nähe miterlebt hat. Der ursprüngliche Post ist in gebrochenem Englisch (und Persisch) und erklärt kurz, was geschehen war: die Polizei habe gefordert, Taher solle nach Afghanistan abgeschoben werden, woraufhin er Selbstmord beging. Nach Angaben von Augenzeugen habe er sich aus dem zweiten Stock gestürzt:

"German police demanded that Taher Rezai be returned to Afghanistan, but Taher Rezai suicided at around 12:00 last night and according to people Taher Rezai shoot him self from the second floor down to the bottom"

Bis jetzt wurde in den Medien darüber nur regional und äußerst spärlich berichtet: Idowa [1] (Isar - Donau - Wald) schreibt kurz über die in Kelheim abgehaltene Mahnwache für den verstorbenen

Taher Rezai, die unter dem Motto "Abschiebestop nach Afghanistan - gleiche Rechte für alle Flüchtlinge" stand, ohne jedoch auf das Motiv und die drohende Abschiebung einzugehen.

Im Artikel des Wochenblatts [2] für Kelheim wurde die drohende Abschiebung auch nicht erwähnt. Hier wird sogar zugegeben, dass Polizei und Medien "eigentlich über solche Fälle nicht berichten" und die Abhaltung der Mahnwache für den jungen Afghanen als "merkwürdig" bezeichnet. Immerhin wird auf die hitzige Diskussion im Internet über den Fall eingegangen, die anscheinend auch Hasskommentare wie "für Deutsche hält ja auch keiner Mahnwachen ab" beinhaltete, und diese verurteilt.

Dass Afghanistan, entgegen der Aussagen von deutschen Politikern, kein sicheres Land ist, kann man unschwer der Reisewarnung [3] des Auswärtigen Amtes entnehmen. Um deutsche Touristen macht man sich also Sorgen, um geflüchtete Afghanen nicht.

In einem Land, das von Parteien regiert wird, die die Wörter "christlich" und "sozial" in ihren Namen führen, werden junge, traumatisierte, mittellose und schutzbedürftige Menschen, die hierherkommen, weil sie überleben wollen, rücksichtslos wieder

abgeschoben. Und wenn sich einer vorher umbringt, dann ist das höchst unangenehm und wird unter den Teppich gekehrt.

Es stellt sich die Frage, wie viele andere Fälle es bereits gab, über die nichts bekannt ist. Laut einer Meldung der Zeit [4] ist die Anzahl der versuchten Selbstmorde von Asylbewerbern in Deutschland signifikant gestiegen. Wie jedoch am Beispiel Niedersachsen beschrieben wird, existieren keine gesicherten Zahlen, da nur 13 der 47 befragten Kommunen Angaben gemacht hätten.

Wenn also Medien, Politik und Gemeinden allesamt schweigen, dann ist zumindest eines sicher: Dieses Land hat ein Problem mit Menschenrechten.

Die nächste Abschiebeterminale für 2018 [5] sind bereits geplant. Am 23. Januar soll erneut eine Sammelabschiebung nach Afghanistan stattfinden.

Anmerkungen:

[1] <http://www.idowa.de/inhalt.abensberg-nach-tod-eines-asylbewerbers-mahnwache-geplant.4557ffb5-37e6-41f6-b39e-bc98013a3778.html>

[2] <https://www.wochenblatt.de/politik/kelheim/arti->

kel/220502/tod-eines-asylbewerbers-und-eine-mahnwache-daleskaliert-die-stimmung#comments-jump-to

[3] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/afghanistan-node/afghanistansicherheit/204692>

[4] <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/fluechtlinge-niedersachsen-suizidversuche-asylbewerber>

[5] https://www.aktionbleibe-recht.de/?page_id=10507

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0229.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / REDAKTION / MILITÄR

Waffenschmiede USA - Umwelt- und Schiffsverkehrs-überwachungsbojen ...

(SB) 8. Januar 2018 - DARPA, die innovative Waffenschmiede des US-Verteidigungsministeriums, hat ein Projekt initiiert, bei dem Tausende von Schwimmkörpern, die per Funk miteinander kommunizieren, über die Ozeane verteilt werden sollen. [1] Abgesehen von Umweltdaten soll mittels dieser Schwarmtechnologie auch der kommerzielle Schiffsverkehr erfaßt werden. Die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) verschweigt nicht, daß das System ebenfalls militärischen Zwecken dient, erweckt aber den Eindruck, als sei das lediglich eine Funktion unter vielen. Das erscheint nicht plausibel, denn für die Erfassung von Meeresdaten wäre eigentlich die zivile Behörde NOAA die naheliegendere Institution.

Am 19. Dezember 2017 hat die DARPA eine Broad Agency Announcement (BAA) ausgegeben und um Konzeptvorschläge gebeten. Am 4. Januar 2018 wurden diese im DARPA-Konferenzzentrum in Arlington, Virginia, präsentiert. Bis zum 23. März will die Behörde eine Entscheidung treffen, welchem Konzept sie den Zuschlag gibt.

In Anlehnung an die Bezeichnung Internet der Dinge hat die DARPA ihr Vorhaben Ozean der Dinge genannt. Dessen Aufgabe wird darin bestehen, Tausende von relativ kostengünstigen, robusten und den Schiffsverkehr nicht beeinträchtigenden Meßplattformen

auszubringen. Dieses Netzwerk wird sich der Schwarmtechnologie bedienen und untereinander kommunizieren. Die einzelnen Elemente sollen für mindestens ein Jahr lang genügend Energie haben, um Daten zu Temperatur, Seegang und Ort, aber eben auch zum kommerziellen und militärischen Schiffs- und Luftverkehr sowie zu Meeressäugern in Echtzeit an einen Satelliten senden zu können. Wenn die Energie aufgebraucht ist, sollen die aus umweltsicheren Materialien hergestellten Plattformen einen Auslöser dafür haben, daß sie zum Meeresgrund sinken.

Ziel des Programms sei es, die maritime Lagekenntnis auf kostengünstige Weise zu verbessern, sagte John Waterston, Programmmanager des Strategic Technology Office (STO) der DARPA. Man könnte zwar bereits bestehende Plattformen nutzen, das würde Kosten vermeiden, doch wolle man ein Netzwerk mit kommerzieller Sensortechnologie ausstatten und die Kenntnisse erheblich erweitern, und zwar zu einem Bruchteil der Kosten gegenwärtiger Systeme. Eine Boje soll weniger als 500 Dollar kosten, bei einem Lieferumfang von 50.000 Einheiten. [2]

In der Vergangenheit waren unter der Ägide der DARPA einige Technologien von weitreichender Bedeutung entwickelt worden. Beispielsweise das Arpanet - das Vorläufermodell zum Internet -,

die Tarnkappentechnologie und das Satellitennavigationssystem GPS. Das Konzept des Schwarms, bei dem alle Einheiten per Funk untereinander und mit einer Zentralstelle verbunden sind, zugleich aber vergleichsweise autonom agieren können, ist eine Militärtechnologie der Zukunft. Eines Tages könnte sich ein Flugzeugträger als zu groß, zu schwerfällig und zu angreifbar erweisen, wenn der Gegner Schwärme von Drohnen oder relativ autonomen Unterwasserfahrzeugen ins Gefecht schickt.

Angesichts ihres exorbitanten Militärhaushalts von 700 Mrd. Dollar (2017) müßte eigentlich jeder Krieg, den die Vereinigten Staaten führen, asymmetrisch genannt werden, weil kein Gegner so hochgerüstet ist. Jedoch kommt den Atomwaffen Rußlands und Chinas ein Vernichtungspotential zu, das auch die USA fürchten müssen. Deshalb ist der Aufbau von Raketenabwehrsystemen zum Beispiel in Polen und Rumänien extrem gefährlich, da sie die Zweitschlagskapazität Rußlands ausschalten sollen. Das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens droht, zu einer Seite zu kippen. Die Kriegsgefahr wächst.

Verglichen damit könnte das Programm Ozean der Dinge, das "nur" über passive Sensoren verfügt, den Eindruck erwecken, harmlos zu sein. Doch je mehr die US-Militärs dem Eindruck unterliegen, sie besäßen die "full spectrum dominance", also die Vorherrschaft aller Streitkräftegattungen, wozu auch die globale Überwachungstechnologie auf See gehört, desto mehr wächst die Gefahr, daß ein großer Krieg ge-

winnbar erscheint und angezettelt wird.

Das von der DARPA entwickelte Satellitennavigationssystem GPS erfüllt weitreichende zivile Funktionen, dennoch können letztlich die Militärs entscheiden, daß es partiell abgeschaltet wird. So geschehen in den 1990er Jahren im Krieg der NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Ähnlich wird es sich womöglich mit dem Projekt Ozean der Dinge verhalten. Unter dem Vorwand, zeitnah Umweltdaten sammeln zu wollen, wird damit eine Big-Brother-Technologie erprobt und installiert, die enorm ausbaufähig ist. Ein mögliches Anwendungsbeispiel sowohl aus dem militärischen wie auch zivilen Bereich wäre die Überwachung von Handelssanktionen. So wurde erst vor kurzem Rußland bezichtigt, es habe trotz UN-Sanktionen mindestens dreimal Erdöl an Nordkorea geliefert. Die Überwachung von Tankern, die sich womöglich auf offener See treffen, wäre mittels des innovativen Bojensystems sicherlich einfacher.

Ungeachtet dessen wäre zu vermuten, daß die USA aus militärstrategischen Gründen zur Überwachung der Ozeane ein redundantes System parallel zu Satelliten und Schiffen aufbauen wollen. Sollten feindliche Kräfte beispielsweise einen Teil der Satelliten ausschalten, wären die Weltmeere noch immer vollständig observiert. Zwar würden die Funkdaten dieses Systems normalerweise ebenfalls zu Satelliten im Orbit gesendet, aber deren Funktion könnte ersatzweise durch Drohnen wie Global Hawk erfüllt werden. Kriegsschiffe verfügen zwar bereits über ein weitreichen-

des Radar, und zur Erfassung von U-Boot-Bewegungen sind auch schon Sensoren in großer Zahl am Meeresboden ausgebracht, doch das neue System schließt eine räumliche Lücke.

Anmerkungen:

[1] <https://www.darpa.mil/news-events/2017-12-06>

[2] <https://www.meritalk.com/articles/darpa-floats-a-proposal-for-the-ocean-of-things/>

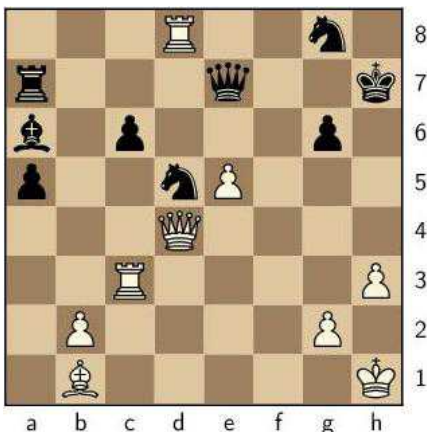
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/milt-916.html>

SCHACH - SPHINX

Im Banne Jupiters

(SB) - Der Weltmeisterschaftskampf zwischen Garry Kasparow und Anatoli Karpow im New Yorker Stadtteil Manhattan 1990 stand auch astrologisch gesehen unter einem Unstern für den Herausforderer. Karpow, ein Zwilling von Geburt, gegen den Widder Kasparow, ein Luft- gegen ein Feuerzeichen. Wer in den Annalen der Astrologie nachliest, kommt dahinter, daß ein Zweikampf dieser entgegengesetzten Elemente stets, ja traditionell, mit einem Sieg des feurigen Charaktermenschen enden müsse. Weitere astrologische Gesetzmäßigkeiten kamen in jenen Oktobertagen für Karpow erschwerend hinzu. Jupiter rückte seinerzeit näher an die Sterne des Widders heran und bestrahlte diese mit seinem

machtvollen Glanz. Zwar bekam auch Karpows Sternbild ein wenig von der Jupiter-Beeinflussung ab und konnte zudem auf die Unterstützung der Venus rechnen - die nebelverhangene Kraftquelle zeigte sich dann allerdings doch recht launenhaft -, aber Karpows unbändiges Harmoniebedürfnis - der alte Fluch des Zwilling-Geborenen - konnte in dieser erbitterten Rivalität den Kampf mit Kasparows Feuer nicht standhalten. Wer an die Astrologie glaubt, wird sich bestätigt finden, wer nicht, der erfreue sich dessen ungeachtet im heutigen Rätsel der Sphinx an der zweiten WM-Partie, die Kasparow ganz im Zeichen des Jupiters auf eine geradezu unheimliche Weise gewann. Also, Wanderer, der du auf deinen nächtlichen Reisen oft die Sterne zu deinen Begleitern hast, wie gewann Kasparow - sternbegünstigt - mit den weißen Steinen?



Kasparow - Karpow
New York 1990

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

1...f7-f5 sah nicht nur gewagt aus, er lud Van der Sterren zudem zu einem starken Angriff ein, der mit 2.Sf3-g5! begann. Der Läufer war

wegen Einschlags auf g7 und Damenschach auf h5 vergiftet. Flear hielt sich dafür am h2-Bauern schadlos, verdauen konnte er seine Beute indes nicht mehr: 2...Ld6xh2+ 3.Kg1-h1 Lh2-e5 4.Le4xc6 b7xc6 - 4...Ld7xc6 5.Dd1-b3 - 5.Lb2xe5 Db8xe5 6.f2-f4 De5-f6 7.Dd1-d6 Df6-e7 8.Dd6-c7 0-0 9.Tf1-d1 - positionell war Flear längst überspielt, das taktische Fiasko mußte sich indes noch ein wenig gedulden - 9...De7-e8 10.Kh1-g1 h7-h6 11.Sg5-f3 Ld7-e8 - Versöhnungs-

angebot - 12.Td1xd8 De8xd8 13.Dc7xc6 - den Bauern hatte Van der Sterren mit dem hohen Zins einer Gewinnstellung zurück - 13...Dd8-d3 14.Dc6-b6 Kg8-h7 15.Tc1-c7 Tf8-d8 16.Kg1-h2 Td8-d6 17.Db6-b8 Le8-d7 18.Db8-a7 Dd3-d1 19.a3-a4 Kh7-h8 20.b4-b5 a6xb5 21.a4xb5 g7-g5 22.b5-b6 und Schwarz gab auf, denn der Freibauer hätte Material gekostet.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06439.html>

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Fahrzeugbeschuß -

Schwarzer Peter Erdogan ...

(SB) 8. Januar 2018 - Als Recep Tayyip Erdogan auf dem Höhepunkt der Kontroverse mit der Bundesrepublik und weiteren EU-Mitgliedern verkündete, daß seine Feinde auch in diesen Ländern nirgendwo sicher seien, war das keine leere Drohung. In dem unverhohlenen Aufruf zum Pogrom schwang zugleich die Warnung mit, daß mit weiteren Auftragsmorden an kurdischen und türkischen Oppositionellen in Europa zu rechnen sei. Der türkische Geheimdienst MIT wird immer wieder mit solchen Anschlägen in Verbindung gebracht. Zu nennen sind insbesondere die Morde an den drei kurdischen Aktivistinnen Saki-ne Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez in Paris im Januar 2013. Aktuell gefährdet sind auch prominente Journali-

sten wie Can Dündar, der vor seiner Flucht nach Deutschland Ziel eines Anschlagversuchs in der Türkei gewesen war. Der in Köln lebende Blogger Ali Utlu stellt seine Aktivitäten vorerst ein, da seine Familie in der Türkei bedroht wird. Der Schriftstellers Dogan Akhanli wurde von Interpol in Spanien verhaftet, konnte aber mittlerweile nach Deutschland zurückkehren, um nur einige hierzulande bekannte Beispiele anzuführen.

Die deutschen Behörden legen bei der Strafverfolgung in solchen Fällen eine offenkundige Zurückhaltung an den Tag. So kam der MIT-Agent, der Mordpläne gegen die kurdischen Politikern Yüksel Koc aus Bremen und Remzi Kartal aus Brüssel geschmiedet hatte, mit einer

Bewährungsstrafe von zwei Jahren davon. In Hamburg wurde das Ermittlungsverfahren wegen geheimdienstlicher Tätigkeit gegen Mustafa K. eingestellt, der die Co-Vorsitzende der Linksfraktion, Cansu Özdemir, und andere Kurdinnen und Kurden ausgespäht hatte. Der Telefonschnitt eines Gesprächs zwischen Mustafa K. und einem mutmaßlichen Führungsoffizier des MIT über Anschlagpläne auf eine kurdische Exilpolitikerin wurde vor Gericht als Beweis nicht zugelassen, da die Aufnahme ohne die Zustimmung des Agenten erfolgt und damit nicht verwendbar sei. Man stelle sich vor, linke türkische oder kurdische Oppositionelle stünden vor einem deutschen Gericht, das ihnen nach Paragraph 129 b Mitgliedschaft in einer ausländischen Organisation vorwirft, die auf der "Terrorliste" der Türkei und der Bundesrepublik steht. Sie kämen kaum mit Bewährungsstrafen wegen Flugblattverteilen oder anderer ähnlich geringfügiger Vorwürfe davon.

Vor kurzem berichtete der armenische HDP-Abgeordnete Garo Paylan auf einer Pressekonferenz in Ankara über konkrete Mordpläne an kurdischen und türkischen Oppositionellen sowie an Journalisten, die nach Europa geflohen sind. Verschiedene Quellen hätten ihm von einer "Attentatsliste" berichtet, wird Paylan auch von ANF-News zitiert. Er habe Informationen erhalten, daß es aus der Türkei heraus operierende Auftragskiller gibt, die in Europa, vor allem in Deutschland, eine Aktion gegen türkeistämmige Vertreter der Aleviten und Armenier sowie Journalisten,

Schriftsteller und Akademiker planen. Er rede von Todeschwadronen, die aufsehenerregende Attentate gegen bekannte Persönlichkeiten planten. Die Oberstaatsanwaltschaft in Ankara hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um Paylans Angaben zu prüfen. Europäische Sicherheitsbehörden nehmen seine Aussagen angeblich ernst und gehen den Hinweisen nach, da ihnen die Gefährdungslage bekannt sei, bezweifeln aber offenbar die Existenz eines Killerkommandos aus der Türkei. [1]

Nach dem aktuellen Anschlag auf den kurdischen Fußballprofi Deniz Naki steht jedoch in aller Dringlichkeit die Frage im Raum, in welchem Ausmaß der türkische Geheimdienst oder andere der AKP-Regierung nahestehende Kreise auch in Deutschland politisch motivierte Attentate auf Oppositionelle verüben. Angaben des 28-jährigen Naki zufolge fuhr er am späten Sonntagabend nach dem Besuch bei einem Freund in Aachen auf der A4 in Richtung seiner Geburts- und Heimatstadt Düren auf der rechten Spur, als er plötzlich Schüsse hörte. Sie seien aus einem schwarzen Kombi abgefeuert worden, der auf der linken Spur etwas zurückgesetzt gefahren sei. Er habe sich sofort weggeduckt und sei dann rechts auf den Standstreifen gerollt. "Ich hatte Todesangst", so Naki. Der schwarze Kombi sei nach den Schüssen weitergefahren. [2]

Bilder, die Naki nach dem Anschlag aufnahm, zeigen zwei Einschußlöcher, eines zwischen zwei Fenstern, das andere knapp über dem linken Hinterreifen. Er

rief die Polizei und erstattete Anzeige, gegen halb vier verließ er die Polizeiwache in Düren. Nach Angaben der Sprecherin der Staatsanwaltschaft Aachen, Katja Schlenkermann-Pitts, wurde eine Mordkommission gebildet, die ein Ermittlungsverfahren wegen eines versuchten Tötungsdeliktes eingeleitet hat. Es werde in alle Richtungen ermittelt, auch eine politisch motivierte Tat sei nicht auszuschließen. [3]

Wer hinter dem Anschlag steckt, ist bislang unbekannt. Naki geht eigenen Angaben zufolge von einem gezielten Angriff aufgrund seiner politischen Rolle in der Türkei aus. "Ich bin in der Türkei eine laufende Zielscheibe, weil ich mich pro-kurdisch äußere. Aber dass mir so etwas in Deutschland passiert, damit hätte ich nie gerechnet." Er wisse nicht, ob die Schüsse ein Mordanschlag oder eine Warnung gewesen seien. Sie zeigten ihm aber, daß er nirgendwo wirklich sicher sei. "Ich vermute, dass der Schütze entweder ein Agent der türkischen Regierung oder ein rechtsradikaler Türke gewesen ist." Konkrete Drohungen habe es zuletzt zwar nicht gegeben, "Anfeindungen bekomme ich über soziale Netzwerke aber ständig", so Naki. [4]

Deniz Naki wuchs in Düren auf, bei Bayer Leverkusen entdeckte man das Talent des Stürmers. Er spielte in der U21-Nationalmannschaft mit Jerome Boateng und Mats Hummels, zur Saison 2009/10 erhielt er einen Vertrag beim FC St. Pauli und trug mit seinen Toren zu dessen Wiederaufstieg in die Bundesliga bei. Naki verließ den Kiezkclub am

Saisonende 2011/12 und unterzeichnete einen Zweijahresvertrag beim SC Paderborn 07. Zur Saison 2013/14 folgte der Wechsel zum türkischen Erstligisten Gençlerbirliği Ankara, seit 2015 steht er beim kurdischen Drittligisten Amed Sportif Faaliyetler in Diyarbakir unter Vertrag.

Naki gilt als Kritiker des Regimes von Recep Tayyip Erdogan und hat sich mit kurdischen Opfern solidarisiert. Als er sich nach einem Pokalspiel zum türkisch-kurdischen Konflikt äußerte und den Sieg seiner Mannschaft den Opfern widmete, wurde er für zwölf Spiele gesperrt. Die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir warf ihm zunächst Propaganda für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK vor und eröffnete ein Verfahren, so daß ihm bis zu fünf Jahre Haft drohten. Bei Prozeßbeginn am 8. November 2016 beantragte sie hingegen die Einstellung des Verfahrens, worauf sich das Gericht diesem Antrag anschloß. Neben einem Vertreter der deutschen Botschaft in Ankara hatte auch Jan van Aken von der Linkspartei das Verfahren verfolgt. Er wertete die Entscheidung des Gerichts als Beispiel, daß "der internationale Druck mal funktioniert" habe. [5] Nachdem die Staatsanwaltschaft jedoch Widerspruch gegen den Freispruch eingelegt hatte, verurteilte ihn derselbe Richter Anfang April 2017 zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr, sechs Monaten und 22 Tagen. Er muß die Strafe nicht antreten, sofern er in den kommenden fünf Jahren nicht straffällig wird. [6]

Naki wies den gegen ihn erhobenen Vorwurf stets zurück und erklärte, er habe das Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei kritisiert. Wie er berichtet, habe das Urteil sein Leben verändert. Jugendfreunde hätten sich abgewandt, Feinde drohten ihm mit dem Tod. Trotz dieser Gefahr blieb er in der Türkei. Im Sommer vergangenen Jahres wurde er während eines Spiels von einem Zuschauer zusammengeschlagen. Als auf einer Fanseite ein Erdogan-kritischer Beitrag erschien, wurde er auf einer Polizeiwache verhört. Naki ist derzeit zu Besuch bei seiner Familie in Deutschland, in den kommenden Tagen fährt er wieder in die Türkei.

Die Co-Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Cansu Özdemir, bezeichnete den Vorfall im Kurznachrichtendienst Twitter als "Mordanschlag". Wie schon während des Prozesses bekam Naki nun Unterstützung von seinem früheren Verein FC St. Pauli: "Wir sind schockiert und fassungslos, aber heilfroh, dass Du wohlauf bist. Für immer mit Dir. Venceremos! (Wir werden siegen!)", schrieb der Kiezklub bei Twitter. Ungeachtet der drohenden Haftstrafe in der Türkei zieht Naki eine Rückkehr nach Deutschland nicht in Erwägung: "Ich bin keiner, der abhaut. Würde ich gehen, wäre das ein Eingeständnis eines Fehlers. Aber ich habe nichts Falsches gemacht", sagte er vor einigen Monaten. Trotz der Schüsse will er seine Einstellung auch jetzt nicht ändern: "Ich bleibe der Deniz Naki, der ich bin. Ich las-

se mich nicht einschüchtern. Auch nicht von diesem Anschlag."

Anmerkungen:

- [1] www.heise.de/tp/features/Tuerkische-Todeskommandos-in-Deutschland-3932415.html
- [2] www.welt.de/sport/article172254595/Erdogan-Kritiker-Deniz-Naki-auf-deutscher-Autobahn-beschossen.html
- [3] www.derwesten.de/panorama/schuesse-auf-autobahn-anschlag-auf-kurdischen-fussballer-id213045077.html
- [4] www.sport1.de/fussball/2018/01/mordanschlag-schuesse-auf-ex-st-pauli-profi-deniz-naki
- [5] Türkei stellt Verfahren gegen deutschen Fußballer ein. Die Zeit online, 8. November 2016.
- [6] Wegen Terrorpropaganda: Bewährungsstrafe für Fußballer Naki | tagesschau.de. (o. J.). Abgerufen 6. April 2017, von <http://www.tagesschau.de/ausland/naki-109.html>.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1586.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Honduras

Opposition will weiter gegen Wahlbetrug demonstrieren

(Tegucigalpa, 3. Januar 2018, prensa latina) - Die oppositionelle "Allianz gegen die Diktatur" hat am 3. Januar angekündigt, die landesweiten Proteste gegen den mutmaßlichen Wahlbetrug wieder aufzunehmen, den der honduranische Präsident Juan Orlando Hernández für seine Wiederwahl ausgeheckt haben soll. Die Allianz werde den "durch Betrug, Waffengewalt und Mittäterschaft der USA" an die Macht gekommenen Präsidenten nicht akzeptieren, heißt es in einer Erklärung, die vom Generalsekretär der Allianz, Ex-Präsident Manuel Zelaya, unterschrieben worden ist.

Die Allianz kündigte Aktionen an, um den vermuteten Wahlsieg ihres Kandidaten Salvador Nasralla zu verteidigen. Nasralla geht davon aus, dass er die Wahlen vom 26. November mit über 60 Prozent der Stimmen gewonnen hat und sieht sich als Opfer eines ausgefeilten Stimmenraubs.

Landesweite Proteste und ziviler Ungehorsam angekündigt

Die Protestaktionen sollen am Samstag, den 6. Januar in der Stadt San Pedro Sula in Anwesenheit von Nasralla wieder aufgenommen werden. Die Allianz ruft die honduranische Gesellschaft auf, sich an den Protesten und an Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen.

"In der Woche vom 20. bis zum 27. Januar wird es eine groß angelegte Mobilisierung geben; jede Gemeinde und jede Provinz werden Instruktionen erhalten", heißt es weiter.

Zudem werden die Abgeordneten, die für die an der Allianz beteiligten Parteien in das Parlament gewählt wurden, aufgefordert, nicht an der Verteidigung des Präsidenten teilzunehmen, die am 27. Januar 2018 stattfinden soll. Auch weitere politische Kräfte wurden zu diesem Schritt aufgefordert.

Einen direkten Kontakt mit dem Präsidenten oder den ihm unterstellten staatlichen Organen lehnt die Allianz ab: "Ein Dialog ist nur mit einem nationalen oder internationalen Vermittler möglich, der von beiden Seiten akzeptiert wird", heißt es. "Die Bevölkerung muss die Verteidigung ihres an den Wahlurnen ausgedrückten Willens aufnehmen und ihr Recht auf Protest ausüben. Das Recht, das nicht verteidigt wird, geht verloren", schreibt Zelaya auf seinem Facebook-Account.

Zuvor hatte Zelaya betont, dass den Honduraner*innen ein Aufstand zustehe, da Hernández mit Hilfe eines Wahlbetrugs an die Macht gekommen sei. Das Rechtssystem des Landes sehe es als Hochverrat an, wenn der Wille der Bevölkerung durch Wahl-

betrug oder Putsch außer Kraft gesetzt werde. Die Allianz macht geltend, dass Hernández zusammen mit dem umstrittenen Obersten Wahlgericht einen Stimmenraub orchestriert habe, um seine Wiederwahl zu ermöglichen. Dies ist in der Verfassung eigentlich nicht vorgesehen, wurde aber durch ein ebenso umstrittenes Gerichtsurteil ermöglicht.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/opposition-will-weiter-gegen-wahlbetrug-demonstrieren/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1734.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Paraguay unter den Ländern mit den geringsten Investitionen in Soziales

(Caracas, 3. Januar 2018, *telesur*) - Einer Studie der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und der Karibik CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) gemäß befindet sich Paraguay unter den drei Ländern Lateinamerikas, die am wenigsten Mittel für soziale Investitionen zur Verfügung stellen.

Zwischen 2003 und 2004 gab Paraguay 129 US-Dollar pro Kopf für den öffentlichen Sektor aus. Im Jahr 2013 lag der Betrag bei 305 US-Dollar pro Einwohner*in. Dem gegenüber sind im gleichen Zeitraum die durchschnittlichen pro-Kopf-Ausgaben in Lateinamerika von 374 auf 969 US-Dollar gestiegen.

"Die Kluft zu den Investitionen anderer Länder hat sich verdoppelt. Zusammenfassend gesagt müsste Paraguay sein Budget für den Sektor 'Gesundheit und Bildung' verdreifachen, um sich dem Durchschnitt anzunähern, der in der Region für soziale Investitionen verzeichnet wird", erklärte der Koordinator der Nichtregierungsorganisation 'Decidamos' (Wir entscheiden), Enrique Gauto.

Viele indigene Kinder leben auf der Straße

Gauto unterstrich, dass "es notwendig ist, dass das Land sein

Budget im Bereich 'Gesundheit und Bildung' erhöht, um sich der derzeitigen durchschnittlichen sozialen Investition in der Region anzunähern".

Die von der Kommission CEPAL durchgeführte Studie beinhaltet auch Informationen der Koordinationsstelle für die Rechte der Kinder und Jugendlichen CDIA (Coordinadora por los Derechos de la Infancia y la Adolescencia), die besagten, dass einige Programme gekürzt worden seien und in anderen Fällen das Budget verzögert freigegeben werde.

Alleine im Jahr 2017 wurden 451 indigene Familien von der Abteilung für indigene Völker des Kinder- und Jugendministeriums SNNA (Secretaría Nacional de la Niñez y la Adolescencia) befragt. Diese erklärten, dass die Anzahl der auf der Straße lebenden indigenen Kinder auf fehlende, konkrete Angebote für indigene Erwachsene zurückzuführen sei.

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poona/paraguay-unter-den-laendern-mit-den-geringsten-investitionen-in-soziales/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00225.html>



Wöchentlicher
Pressedienst
lateinamerikanischer
Agenturen

RECHT / MEINUNGEN / STELLUNGNAHME

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Peru

Die Begnadigung ist eine Schande

(*Concepción, 26. Dezember 2017, medio a medio*) - Am 24. Dezember 2017 hat der peruanische Präsident Pedro Pablo Kuczynski (PPK) öffentlich angekündigt, den inhaftierten Ex-Diktator Alberto Fujimori aus humanitären Gründen zu begnadigen. Fujimori hatte Peru von 1990 bis 2000 regiert. Aus Protest gegen diese Entscheidung sind tausende Menschen auf die Straße gegangen und wurden von der Polizei gewaltsam zurückgedrängt. Die Demonstrant*innen und Organisationen halten die Entscheidung des Präsidenten für absurd und für das Ergebnis eines geheimen politischen Pakts.

Der Ex-Diktator, der am 4. Januar 2018 freigelassen worden ist, war zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Er gilt als Auftraggeber der Massaker von Barrios Altos und La Cantatuta, die 1991 und 1992 von der Militäreinheit Colima verübt und bei denen 25 Menschen ermordet worden waren. Diverse Menschenrechtsorganisationen sehen Fujimori zudem als Tyrannen und machen ihn für Menschenrechtsverbrechen in seiner Amtszeit verantwortlich, die als eine der dunkelsten Perioden Perus gilt. Damals wurden tausende Menschen ermordet und gewaltsam verschwinden gelassen. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen

den Terrorismus verbreitete sich der staatliche Terror über das gesamte Land.

Kuhhandel für das politische Überleben Kuczynskis

Teile der Zivilgesellschaft und Plattformen wie Fujimori Nunca Más [1] sehen in dem gesundheitlichen Zustand Fujimoris keinen humanitären Grund für die Begnadigung und bezichtigen PPK der moralischen Unfähigkeit. Denn dessen politische Geste kam nur wenige Tage, nachdem der peruanische Kongress ein Amtenhebungsverfahren gegen PPK knapp abgelehnt hatte - mit Stimmen der Fujimori-Fraktion. Damit wurde Präsident Kuczynski nicht, wie vielfach erwartet, wegen seinen Verbindungen zum skandalumwitterten Bauunternehmer Odebrecht abgesetzt.

Im Aufruf für eine landesweite Demonstration am 28. Dezember heißt es: "Die Begnadigung ist ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen der Opfer der Fujimori-Diktatur. Jahrelang haben sie für Gerechtigkeit gekämpft, viele konnten nicht einmal ihre Angehörigen beerdigen, da sie für immer verschwunden blieben. Das ist ein Kuhhandel; der Frieden der Angehörigen wurde gegen die Freiheit des verurteilten Fujimori eingetauscht. Raus auf die Straße!"

Anmerkung:

[1] <https://www.facebook.com/Fujinuncamas/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/die-begnadigung-ist-eine-schande/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/meinung/rms00040.html>

WELTANSCHAUUNG / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Das Lenape Center: eine Neujahrsbotschaft über den Frieden

Nachricht aus der Redaktion New York vom 5. Januar 2018

New York - 05.01.2018. Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, noch ist er lediglich Stabilität im eigenen oder gesellschaftlichen Leben. Ebenso schließt die Abwesenheit von Krieg nicht Selbstzerstörung aus. Auch das Ausbleiben von häuslicher Gewalt beruht nicht nur auf einer gesunden Beziehung oder anders ausgedrückt schließt das Ausbleiben von Gewalt in häuslichen Beziehungen nicht ungesunde Beziehungen aus.

Unsere Welt heute ist weit davon entfernt, konfliktfrei zu sein aber einige Studien legen nahe, die globale Wirtschaft habe, gemessen an den Todesraten der Konflikte der letzten fünfzig Jahre, eine noch nie dagewesene Zeit des Friedens hervorgebracht.

Doch dieser oberflächliche Frieden erwächst aus einer ungesunden Beziehung, aus dem Diebstahl der Strukturen der Erde selbst. Diese Zeit des Friedens ist in Wirklichkeit eher eine vorübergehende Stabilität, die durch den Krieg mit der Erde genährt wird. Mit Strukturen meine ich den Körper der Erde, ihre Bäume, ihr Wasser, ihr Erdöl, ihr Gestein, ihre Minerale und Gase. Und darin liegt auch die Definition von "nicht nachhaltig": genauso wie eine Beziehung, die zwar frei von Gewalt, aber auch frei von Kommunikation, von Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit und somit zum Scheitern verurteilt

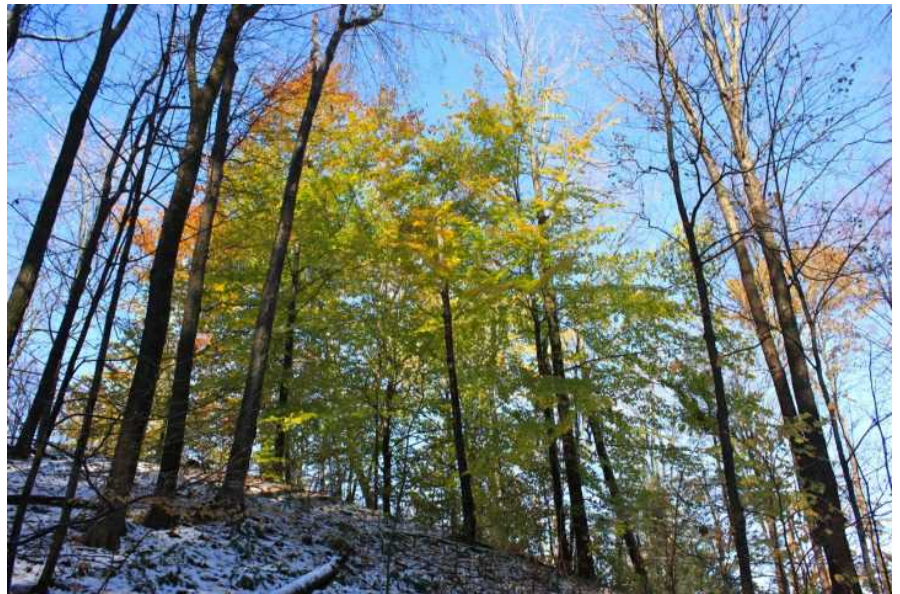


Bild: © David Andersson

ist, erleben wir eine temporäre globale Stabilität von Nationen, die ihre Volkswirtschaften durch den Raubbau der Erde gewährleisten. Der aktuelle globale Kapitalismus ist nicht friedlich, weil die Erde nicht davon profitiert, dass wir ihren Körper ausrauben, und so erleben wir auch nun ihre Reaktionen. Globale Erderwärmung, Klimawandel, Verwüstung, steigender Meeresspiegel und Fluten, Seuchen und Nahrungsmittelunsicherheit sind alles Antworten von ihr auf unsere Taten.

Frieden wird nicht nur separat von jedem individuellen Partner in einer Beziehung erreicht, Frieden muss das wahre Wesen der Beziehung selbst sein. Wie also erklärt es sich, dass die Menschheit eine globale Wirtschaft durch Diebstahl

an der Erde geschaffen hat? Die Ursachen für die Zerstörung der Erde durch den globalen Kapitalismus entstehen durch Gier, Sucht und Materialismus. Ironischerweise weisen "Realisten" auf die Notwendigkeit des Überlebens der Menschheit hin, um diese Form von Kapitalismus zu rechtfertigen, während sie die auf das Lebenserhaltungssystem losgelassene Zerstörung völlig übersehen, auf das wir alle angewiesen sind. So wie alle Aktionen auch immer Reaktionen hervorrufen, so werden für all die Menschen, die durch diesen Raubbau an der Erde wohl genährt, in Häusern untergebracht, mit Kleidung versorgt und mit von fossilen Energien angetriebenen Autos umhergefahren wurden, in naher Zukunft möglicherweise genauso viele Menschen an Hunger, Armut oder Krankheiten leiden oder daran sterben.

Die uralten, spirituellen Disziplinen, wie sie in den traditionellen ursprünglichen (indigenen) Gesellschaften wie die der Lenape zu finden sind, sind eindeutig in ihrer Absicht, mit der Erde eine gegenseitige Wechselbeziehung zu erhalten. Wir sind nicht von den Gesetzen der Natur getrennt. Wie auch, sind wir doch selber komplett und zu jeder Zeit aus dem Körper der Erde gemacht. Und doch versucht die Welt, die Menschheit und ihre Wirtschaft aufrecht zu erhalten, als wenn diese Realität für uns nicht gelten würde. Die Unfähigkeit, die Gesetze der Natur zu respektieren, resultiert aus der Tatsache, dass die Menschen versucht haben, ihre Welt zu erbauen, indem sie von der Erde stehlen und gleichzeitig aber leugnen, dass wir selber ein Teil der Erde sind. Um Frieden zu schaffen, muss der Krieg mit der Erde beendet werden. Nur so können wir die kommenden Jahrzehnte überleben.

Die Lenape, was "Menschen" bedeutet, sind die indigenen Völker von Lenapehoking: New Jersey, Delaware, südliches New York, östliches Pennsylvania und westliches Connecticut. www.thelenapecenter.com

Übersetzung aus dem Englischen von Evelyn Rottengatter

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Internet: www.pressenza.com/de

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / CROSSOVER

Kulturcafé Komm du - Februar 2018

Simon Wahl - solo acoustic guitar Crossover von Pop, Rock, Hip Hop und Flamenco

*Konzert am Freitag, den 16. Februar 2018,
20.00 bis 22.00 Uhr*

*Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder
E-Mail: kommdu@gmx.de*

Eintritt frei / Hutspende



Das **Komm du** lädt ein zu einem Konzert am Freitag, den 16.02.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

Simon Wahl – Gitarrenvirtuose aus Wien
Bass Slapping, Percussion, Fingerpicking und Melodiespiel

„Ausgefeilte Harmonik, solide Fingerstyle-Technik sowie eine Menge Feingefühl und Fantasie“ attestiert das Fachmagazin Akustik Gitarre dem Musiker Simon Wahl. Als „One Man Band“ verbindet er virtuose Rhythmen mit gefühlvollen Melodien und entwickelt seinen eigenen Stil, ein Crossover von Pop, Rock, Hip Hop und Flamenco. Dabei entlockt er seiner Gitarre so verschiedenartige Klänge, daß man meinen könnte, es seien mehrere Instrumente im Einsatz. Simon Wahl, der nach einem Konzertgitarrenstudium in Linz als Solokünstler bereits zahlreiche Konzerte im In- und Ausland gab und einige renommierte Musikpreise gewann, spielt auf internationalen Gitarrenfestivals regelmäßig mit Größen wie Adam Rafferty, Thomas Leeb oder Don Ross.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg: Buxtehuder Straße 13, 21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Begegnung und Diskussion, Livemusik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

V.i.S.A.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg



Simon Wahl
Solo Acoustic Guitar

Eintritt frei / Hutspende

Freitag, 16.2.2018, 20.00 Uhr
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de

*Das Komm du lädt ein zu einem
Konzert am Freitag, den
16.02.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:*

Simon Wahl - Gitarrenvirtuose aus Wien Bass Slapping, Percussion, Fingerpicking und Melodiespiel

"Ausgefeilte Harmonik, solide Fingerstyle-Technik sowie eine Menge Feingefühl und Fantasie" attestiert das Fachmagazin Akustik Gitarre dem Musiker Simon Wahl. Als "One Man Band" verbindet er virtuose Rhythmen mit gefühlvollen Melodien und ent-

wickelt seinen eigenen Stil, ein Crossover von Pop, Rock, Hip Hop und Flamenco. Dabei entlockt er seiner Gitarre so verschiedenartige Klänge, daß man meinen könnte, es seien mehrere Instrumente im Einsatz. Simon Wahl, der nach einem Konzertgitarrenstudium in Linz als Solokünstler bereits zahlreiche Konzerte im In- und Ausland gab und einige renommierte Musikpreise gewann, spielt auf internationalen Gitarrenfestivals regelmäßig mit Größen wie Adam Rafferty, Thomas Leeb oder Don Ross.



*Simon Wahl -
Gitarrenvirtuose aus Wien
Foto: © by Simon Wahl*

Simon Wahl - solo acoustic guitar

Zuhören, Genießen und Staunen - die Konzerte von Simon Wahl sind ein Genuss für die Seele. Er wird auch als "Meister der Melodien" bezeichnet und lässt seine Zuhörer in andere Welten eintauchen. Der 28-jährige Solokünstler spielte zahlreiche Konzerte im In- und Ausland, alleine in den Jahren 2011-2016 über 500 in neun verschiedenen Ländern. 2015 schloss Simon Wahl sein pädagogisches und künstlerisches Konzertgitarrenstudium bei Prof. Michael Langer an der Anton Bruckner Privatuniversität in Linz mit Auszeichnung ab. Er gewann mehrere Musikpreise u.a. den "Acoustic Grand Slam" in Freiburg. Auf internationalen Gitarrenfestivals spielt der Wahl-Wiener regelmäßig mit renommierten Gitarristen wie Adam Rafferty, Thomas Leeb oder Don Ross zusammen.

"Simon is the best guitarist I heard for a long time! He has this

world class quality and you should keep an eye on him for the future!"

(Stephen Sedgwick, Gitarrenbauer, England)

Discografie:

Simon Wahl: A Language Called Music - Februar 2010

Simon Wahl: Déjà vu - September 2011

Simon Wahl: Fernweh EP - Dezember 2013

Simon Wahl: Meet Again - Januar 2017

Weitere Informationen:

Simon Wahl - Homepage:
<http://www.simonwahl.com>

Simon Wahl bei Facebook:
<http://www.facebook.com/simonwahlofficial>

Zum Reinhören & Anschauen:

Simon Wahl - Woven World
composed by Andrew York (TV Concert, Kanal 21)

https://www.youtube.com/watch?v=Qwhb_isVF6s

Simon Wahl - Minor Swing
(Django Reinhardt cover)

<https://www.youtube.com/watch?v=iUuH6KVsdxE>

Simon Wahl - Schlaflos (Official Music Video)

<https://www.youtube.com/watch?v=llJYkAD5iY>

*

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel und Mensen Chu geben mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein lebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaf-

feespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:

von Montag bis Freitag

7:30 bis 17:00 Uhr,

Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr

und an Eventabenden open end.

Näheres unter:

<http://www.komm-du.de>

<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Straße 13

21073 Hamburg

E-Mail: kommdu@gmx.de

Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:

Telefon: 04837/90 26 98

E-Mail:

redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein ...

Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:

Schattenblick → Infopool →

Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff

http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/mvcr0459.html>

I n h a l t **Ausgabe 2429 / Dienstag, den 9. Januar 2018**

1 BÜRGER - REPORT: Naturbegriffe - unzureichend im Blick ...

8 BÜRGER - MEINUNGEN: Abschiebungen - ... Menschenrechten (Pressenza)

9 POLITIK - REDAKTION:

Waffenschmiede USA - Umwelt- und Schiffsverkehrsüberwachungsbojen ...

10 SCHACH-SPHINX: Im Banne Jupiters

11 POLITIK - KOMMENTAR: Fahrzeugbeschuß - Schwarzer Peter Erdogan ...

14 POLITIK - AUSLAND: Honduras - ... Wahlbetrug demonstrieren (poolal)

15 POLITIK - SOZIALES: ... geringsten Investitionen in Soziales (poolal)

16 RECHT - MEINUNGEN: Peru - Begnadigung ... ist eine Schande (poolal)

17 MEINUNGEN: Eine Neujahrsbotschaft über den Frieden (Pressenza)

18 VERANSTALTUNGEN: Hamburg - Kulturcafé Komm du

Simon Wahl - Gitarrenvirtuose aus Wien ... 16.02.2018

20 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 9. Januar 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. Januar 2018

+++ Vorhersage für den 09.01.2018 bis zum 10.01.2018 +++



Kalt und grau,
Winde heftig,
in Jeans Bau
schnarcht es kräftig.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

Elektronische Zeitung Schattenblick